

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf. monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Berlin, den 23. Juli 1927

Erscheint überzähntägig Samstags Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 15

Ich halte es für ein Unglück, wenn wir alles vom Monte erwarten. Das Gute und Heilsame muß vor allem durch die Kraft und Tätigkeit der beteiligten Kreise geschehen.
Wolff Stoedter am 26. Januar 1901 im Reichstag.

Sozialdemokratie und christliche Arbeiterkraft

I.

Es ist nicht Aufgabe unserer christlichen Gewerkschaften, sich mit den politischen Parteien auseinanderzusetzen. Die christlichen Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral. Den Mitgliedern bleibt es überlassen, sich jener politischen Partei anzuschließen, die ihren Bestrebungen nach der kulturellen und wirtschaftlichen Seite am besten entspricht. Jedes Mitglied ist jedoch verpflichtet, innerhalb der von ihm freiwillig gewählten parteipolitischen Schranken mit allen Kräften für die Verwirklichung der christlichen Gewerkschaftsziele, mögen diese auf kulturellem, mögen diese auf wirtschaftlichem Gebiet liegen, einzutreten. Nur auf diese Weise ist die notwendige und wünschenswerte Ergänzung beider Aufgabengebiete gesichert.

Aus einer solchen Einstellung erwachsen naturgemäß Spannungen. Der christliche Gewerkschaftler kann nicht dieser oder jener Partei, er kann am allerbesten jeder Partei angehören. Es gibt Spannungen. Die sind dort scharf gezogen, wo es mit der Gemeinsamkeit in den großen Fragen des Volkes umhört. Wenn der christliche Gewerkschaftler bei seiner gewerkschaftlichen Aufgabenerfüllung von den christlichen Sittengesetzen ausgeht, wenn er Standes- und Klassenherrschaft in Gesellschaft und Staat ablehnt, wenn er sich unmöglich einer Partei verschreiben, die Religion und Kirche bekämpft, die auf eine gesunde gewerkschaftliche Verfassung im Volkswesen pflegt, sondern die Meinheitsmacht, zur rohen Gewalt strebt. So läßt jedem die Frontstellung klar. Sie läuft nach rechts und nach rechts. Nach links, wo jene Leute stehen, nach deren Urteil sich Christentum und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüberstehen; nach rechts, wo überspannter Nationalismus verbunden mit nichtsnutzigen Kulturkampfanfängen unser Volk immer wieder aufspitzen. Diese Tatsachen erkennen, heißt richtiggerichtet handeln.

Unter den Parteien, die mit uns ideenmäßig und meist auch in den praktischen Tagesfragen weit auseinandergehen, steht die sozialdemokratische Partei an erster Stelle. Jede Partei wandelt sich, verbessert und ändert ihr Programm und stellt neue Forderungen auf. Auch die Sozialdemokratie hat das getan und wird es noch tun. In manchen Punkten hat sie ihre vorkriegsähnliche Einstellung gegenüber der Vorkriegszeit aufgegeben. So z. B. steht die Sozialdemokratie zum Staat heute ganz anders. Sie bejaht den deutschen Volksstaat und will ihm mit sozialistischem Geiste erfüllen. Früher bekämpfte die Sozialdemokratie den Staat; kein Sozialdemokrat wurde Beamter. Heute stehen Sozialdemokraten an ersten Stellen in der Verwaltung der Kommunen, Kreise, Provinzen, Länder. Daraus ergibt sich, daß in der praktischen Tagespolitik sogenannte bürgerliche Parteien mit den Sozialdemokraten zusammengehen in den Kommunen, Kreisen, Provinzen, Ländern und selbst im Reich. Man nennt Koalitionspolitik. Koalitionspolitik bedeutet aber keine Gemeinschaft. Das gilt nicht nur für die Parteien, das gilt auch für die einzelnen Gewerkschaftsleitungen, die zum Vorteil der Gesamtarbeiterschaft ja so oft gemeinsam vorgegangen sind und noch vorgehen werden. Die Grenzen, die uns trennen, sind durch keineswegs verwischt, wenn wir auch nicht absehen wollen, daß äußerlich mancherlei Wandlungen vor sich gegangen sind. Es wäre sogar gefährlich, das zu leugnen. Klare Erkenntnis schafft hierüber Klarheit. Die Sozialdemokratie ist ihrem ganzen Wesen nach auch heute noch, was sie früher war, nämlich die Partei der prinzipiellen Klassenkämpfer und Klassenkämpfer. Wir gehen mit Christus und seinen Geboten an die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft heran, die Sozialdemokraten

Die Gestaltung unserer Reichstarife

Bei Schaffung unserer Reichstarife in den ersten Nachkriegsjahren war das Interesse aller Berufsangehörigen stark an deren Aufbau beteiligt. Man sah in der Schaffung von Reichstarifen ein Mittel, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. In dieser Zeit der Tarifgestaltung waren die Arbeitnehmer fast vollständig in den Gewerkschaften zusammengeschlossen. Die gewerkschaftliche Macht galt etwas. Man konnte von Seiten der Arbeitgeber nicht mehr über die Wünsche der organisierten Arbeitnehmer hinweggehen. Es muß heute anerkannt werden, daß durch die ersten Abschlüsse unserer Reichstarife, die den Stempel der Geschlossenheit der Arbeitnehmer trugen, einigermassen annehmbare tarifliche Verhältnisse errungen wurden. Allerdings bedeuten die Inflationsjahre wieder einen Rückschlag, besonders in der Lohngestaltung. Doch können diese anormalen Verhältnisse, die eben stärker waren als jeder andere Wille, nicht zum Vergleich herangezogen werden.

Die stabilen Verhältnisse, die mit dem Jahre 1924 wieder einsetzten, stellten den Organisationen die große Aufgabe, auch die tarifliche Verhältnisse zu stabilisieren. Leider aber war auch die Position der Gewerkschaften durch die Unvernunft eines Teiles der Arbeiterschaft bedeutend verschlechtert, was bei den Verhandlungen sehr stark ins Gewicht fiel. Gewiss waren die Wirrnisse der Inflation dazu angetan, die Menschen für den Augenblick müde und mutlos zu machen. Doch man legt nicht für den Augenblick, sondern stets den Blick vorwärts gerichtet und immer bereit zum Kampfe, nur so läßt sich das Schicksal meistern. Die Arbeitgeber hatten die Schwächung der Arbeitnehmerseite sehr gut erkannt und nützten sie weidlich aus. Ganz unerbötlich wurde unseren Unterhändlern diese Tatsache sehr oft von den Unternehmern aufgesetzt. Die Verhandlungen gestalteten sich stets schwieriger. Die anhaltende Gleichgültigkeit weiterer Kreise der Arbeiterschaft gab den Unternehmern immer neuen Mut. Nur sehr langsam konnten die Lohnsätze den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Es gelang nicht immer, die Bestimmungen der Manteltarife in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, da die Gewerkschaften sich bei den Tarifverhandlungen der Radinflationzeit auf die Abwehr beschränken mußten. Auch heute noch sind die Gewerkschaften gezwungen, starke Kräfte auf die Abwehr der Abbaubestrebungen der Unternehmer zu konzentrieren. In Verbesserungen der Tarife im Sinne der Arbeitnehmer wollen die Unternehmer durchaus nicht heran. Im Gegenteil glauben diese, daß die Tarife in ihrem Sinne unbedingt „verbessert“ werden müssen.

Sind denn unsere Tarife so gestaltet, daß es nichts mehr zu bessern gibt? (In unserem Sinne!) Sind denn wirklich unsere Tarife so angepaßt, daß die Unternehmer nicht mehr bestehen können? Wir glauben nicht daran. Im Ernste kann nicht bestritten werden, daß unsere Verufe eng mit dem Buchdruckgewerbe zusammenhängen. Und die Arbeitgeber wollen ja auch selbst, daß wir uns nach den Buchdruckern richten. Natürlich nur dann, wenn es zum Vorteil der Unternehmer ist. Als im Januar die Buchdrucker bei den Lohnverhandlungen leer ausgingen, war es (nach Meinung unserer Arbeitgeber) selbstverständlich, daß auch in unsern Verufen nicht daran gedacht werden könnte,

Lohnerhöhungen zu bewilligen. Als aber später die Buchdrucker einige Vergünstigungen sowohl im Manteltarife als im Lohnsatz erhielten, stellten unsere Arbeitgeber sich auf den Standpunkt, es sei ein Unlück, zu glauben, daß von uns den Buchdruckern alles nachgemacht werden könnte. Die Buchdrucker wollen unabweislich in den nächsten Jahren noch Verbesserungen im Tarife erringen. Unabweislich haben aber die Buchdrucker heute schon bessere Tarifbestimmungen, wie unsere gelehrten Verufe, insbesondere den Buchbindern gegenüber. Trotzdem ist es in der vergangenen Zeit dem Buchdruckgewerbe, nicht allein den Zeitungsdruckereien, wahrhaftig nicht schlecht gegangen. Im Gegenteil. Die Entwicklung des Buchdruckgewerbes zeigt deutlich, daß anständige Löhne durchaus nicht zum Schaden für das Gesamtgewerbe sind. Unsere Arbeitgeber aber wollen trotz bedeutend schlechterer Löhne in unseren Verufen heute schon am Ruin stehen? Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Unsere Mitglieder, besonders die in Buchbindereien beschäftigten, habe alle Veranlassung, in der nächsten Zeit auf dem Poßen zu sein. Mit Interesse und echtem Gewerkschaftsgeist müssen die Vorgänge im Gewerbe beobachtet werden. Nicht nur sich auf die Führer verlassen. Selbst mit Hand angelegt. Man soll uns gerüstet finden, wenn man versucht, uns nur etwas von dem zu nehmen, was vorhanden ist. Unsere Verufen und Betriebe sind heute ebenfalls wie die der Graphischen Industrie durchorganisiert, rationaler gestaltet. Vom Mehrgeinn der Rationalisierung beanspruchen wir ebenso unseren Teil wie unsere Arbeitgeber.

Die letzten Tarifverhandlungen für die beiden Buchbinderreichstarife haben deutlich gezeigt, wofür unsere Unternehmer mit den Tarifrechten ihrer Arbeiterschaft wollen. Abbau und nochmals Abbau. Es scheint manchmal, als wenn im Unternehmerlager Kräfte am Werke sind, die geradezu ins Verderben rennen wollen. Glaubt man dem im Ernst daran, mit einer geknechteten Arbeiterschaft, ohne Rechte, ohne auskömmlichen Lohn, ohne Freude an der Arbeit, Qualitätsware herstellen zu können? Dies alles scheint man aber nicht zu wissen, oder besser gesagt, will es nicht wissen. Man glaubt heute, der Arbeiterschaft alles bieten zu können. Aber man täuscht sich im Arbeitgeberlager. Noch steht die organisierte Arbeiterschaft da mit dem festen Willen, sich nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen, und den andern, den abseitsstehenden, wird gerade durch das Verhalten der Unternehmer ein Licht aufgesetzt, und wir alle werden dafür sorgen, daß sie dadurch auch anhaltend erleuchtet werden, um als Mitkämpfer in unsere Reihen einzutreten. Durch Abbau der Ferien, Beseitigung der Feiertagsbezahlung, Verringerung des Lohnes, kurz völlige Umgestaltung der Tarife zum Schaden der Arbeiterschaft, soll die Lage des Gewerbes „gehoben“ werden! Es scheint fast, als suchten die Unternehmer den Kampf. Will man den Kampf, nun gut!

Wir sind bereit!

Nur durch Kampf kam die Arbeiterschaft vorwärts, nur durch Kampf wird weiteres errungen werden. L. K. D.

mit dem kommunistischen Manifest und dem Gesang der Internationalen. Die Zukunft wird uns zeigen müssen, auf welcher Seite die stärksten Impulse und Kräfte wirken.

Von selbst ändern sich freilich die Verhältnisse nicht. Da heißt es schon: alte Mann an Bord! Versagt der christliche Volksteil, dann gehen wir einem Chaos entgegen. Mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie allein ist es wahrhaftig nicht getan. Wir müssen in der Tat und Wahrheit beweisen, daß wir mehr können, daß wir bessere Menschen sind.

II.

Vorläufig ist die Sozialdemokratie noch die stärkste Partei in Deutschland. Daß alle anderen Parteien von

ihre viel lernen können, zeigt das Jahrbuch, das vor dem Ende Mai d. J. abgehaltener dieser Parteitag herauskam. Wir bewundern wirklich jene Parteiblätter, die mit ein paar nichtsagenden Bemerkungen über den Inhalt dieses Jahrbuches hinweggehen sind, wo es doch Zeit zu einer gewissen Gewissensforschung gewesen wäre, wie dem eigentlich die Dinge im eigenen Hause stehen. Was die Sozialdemokratie an Zahlen aufzuweisen kann, das wird von keiner anderen Partei in Deutschland auch nicht im entferntesten erreicht. Auf dem dieser Parteitag äußerte sich Ludwig wie folgt:

„Wir sind — wir sagen es mit Stolz — noch immer die einzige Partei, die ihre Klassenbänder offen auf den Tisch des Parteitages legt. Wir fragen alle

anderen Parteien, wer Lust hat, es uns nachzumachen. Die Einnahmen und Ausgaben der 32 Parteibeiräte, deren über 8000 Ortsgruppen mit 823.520 eingeschriebenen Parteimitgliedern betragen 1926 rund 7,4 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen betragen 8,5 Millionen Mark, pro Kopf des Parteimitgliedes in ganz Deutschland 10 Mark. Das ist eine Leistung, auf die die Sozialdemokratie besonders stolz ist.

In den Jahren 1921 bis 1927, also in drei Jahren, hat die Sozialdemokratische Partei für Wahlen, Volksentscheid usw. 5 Millionen Mark ausgegeben.

Eine statistische Erhebung im Berichtsjahr ergab, daß 73 Prozent der Mitglieder Handarbeiter, 11 Prozent Kopfarbeiter, 5 Prozent selbständige Handels- und Gewerbetreibende, 2 Prozent freie Berufe und 9 Prozent ohne Angabe eines Berufes waren. Die Arbeit der Parteiorganisationen, insbesondere die der Vertrauensleute erreicht man an der Zahl der Versammlungen und der verteilten Flugblätter. Wir finden im Berichtsjahr 36 789 öffentliche und 57 981 Mitgliederversammlungen. Zur Verbreitung kamen über 100 Millionen Flugblätter. Allein zum Volksbegehren und Volksentscheid hat die Partei 39 900 Versammlungen und 72 Millionen Flugblätter verbreitet. Wie häufig steht die SPD. daneben da, wenn sie berichtigt, daß sie zum Volksentscheid 3 Millionen Flugblätter verbreitet habe und der „Luzifer“-Ausfluß 110 Veranstaltungen und 51 000 Flugblätter verbreitet habe. Die Leistung der SPD. und dieses Ausschusses stehen in keinem Verhältnis zu ihren großen Worten.

Die Sozialdemokratische Partei besitzt insgesamt 144 juristische Firmen, und zwar 104 Druckerien, 27 Verlage und 13 andere Firmen, die alle der Partei gehören. Die Partei besitzt 184 Tageszeitungen, darunter 53 Kopfbücher; mit Ausnahme von 9 erscheinen alle Zeitungen in eigenen Druckerien. 7000 Personen werden in Betrieben der Partei beschäftigt, davon 5200 technische, 1000 kaufmännische, 500 redaktionelle. Der Umsatz der Betriebe betrug 1926 62,7 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Abonnements betragen 18,5, aus Inseraten 18,3, Druckfäden 13,5 Millionen, von den Ausgaben entfielen auf Löhne und Gehälter 32 Millionen, Papier, Farben und anderen Ausgaben 40,7 Millionen. An Steuern haben die Betriebe 2,3 Millionen gezahlt, der buchmäßige Ertrag sämtlicher Geschäfte ergab 1,4 Millionen. Die bilanzmäßige Aufstellung des Vermögensbestandes ergab 42 Millionen und 16 Millionen an Hypotheken und Darlehen. Das Gesamtvermögen der Partei beläuft sich auf 26 Millionen Reichsmark, an den Darlehen ist der Parteivorstand selbst mit 4 Millionen beteiligt.

Wir brauchen diesen Zahlen nicht viel mehr hinzuzufügen, sondern nur noch darauf hinzuweisen, daß der sozialdemokratische Parteiapparat durch die Angestellten der Konsumgenossenschaften, Bausgenossenschaften, Krankenkassen, Volksfürsorge, Bank usw., nicht zuletzt aber auch durch die freigestellten Kräfte der sozialdemokratischen Gewerkschaften eine wesentliche Verstärkung erfährt. Auch in den öffentlichen Körperschaften hat die Vertretung der Sozialdemokratie einen sehr erheblichen Umfang angenommen. Es werden gewählt: im Reichstage 131 Abgeordnete, davon 16 Frauen; in den Länderparlamenten 468 Abgeordnete, davon 49 Frauen; im preussischen Staatsrat

24 Abgeordnete; in den Provinziallandtagen 482 Abgeordnete, davon 20 Frauen; in den Kreistagen 316 Abgeordnete, davon 47 Frauen; in den Stadtparlamenten 6773 Stadtverordnete, davon 295 Frauen; in den Gemeindevertretungen 20 000 Vertreter, davon 452 Frauen. 708 Parteigenossen sind als Bürgermeister, 637 als Gemeindevorsteher und 340 als besoldete Stadträte tätig.

Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu erkennen, daß dies imponierende Zahlen sind. Ob man will oder nicht will, mit der Sozialdemokratie muß man rechnen. Die Sozialdemokratie ist zum innerdeutschen Problem geworden. Sind wir stark genug, dies Problem zu lösen? Das nämlich ist die vorrangigste Aufgabe des nichtsozialistischen Volksteiles.

III.

Auf dem Kiefer sozialdemokratischen Parteitage brachten einige Redner den Mut auf, den christlichen Arbeitern die Sozialdemokratische Partei als die Partei für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Emanzipationskampf zu empfehlen. Man meinte recht treuherzig, es sei angebracht, die geistigen und kulturellen Auseinandersetzungen zurückzustellen, um so über alle Strömungen hinaus eine Einheit zu bilden. Auf diese „Einsiedlung“ gab der Führer unserer Bewegung, Kollege Stegerwald, in einer Rede

Die Stimme in der Wüste

Der deutsche Industrielle Robert Bosch über den christlichen Wert hoher Entlohnung:

„Ein gut bezahlter Mensch ist zufriedener, er ist sorgloser, er ist arbeitsfähiger. Kommt er erst gar so weit, daß er sich irgendeine Viehhäuser leisten kann, oder daß er sich etwas sparen kann, daß er ein gewisses Eigentum erwirbt und lei es schließlich nur die Erhaltung eines Schrebergartens, so ist der Mann ein ganz anderer. Es gewinnt allmählich die Ueberzeugung in ihm Raum, daß er doch nicht nur ein Enterbter, ein Mensch zweiter Klasse ist.“

Antwort. Diese Antwort richtet sich zunächst an die Sozialdemokratie, dann aber auch an die bürgerlichen Parteien. Sie bejaht im Kern: Die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie hat sich in Deutschland vor der Gründung der christlichen Arbeiterbewegung geistig und kulturell anders gegeben als heute. Damals bildeten den Hauptlebensinhalt in der sozialistischen Gewerkschaftsbibliothek Dardels, Darwins, Bebel's Frau usw. Die Festtagsartikel in den sozialistischen Gewerkschaftsblättern atmeten denselben Geist. Das war der Hintergrund für die Bildung der christlichen Gewerkschaften. Und von derselben Stunde an, wo in Deutschland keine starke christliche Arbeiterbewegung mehr existieren würde, würde die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie sicher auch äußerlich wieder dahin zu-

rückkehren, woher sie gekommen ist. Der Mensch auf die Dauer nicht vom Brote allein. An geistigen Grundlagen des Sozialismus hat sich auch im Vergleich zu früher nichts geändert. Heute ist lediglich, um die christlichen Arbeiter zu gewinnen, der Herauskehrung dieser Grundsätze etwas zurückgefallen.

Der Emanzipationskampf der Arbeiterschaft hat nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige und seelische Seite. Die besten Kräfte in der englischen Arbeiterbewegung kommen immer mehr zu der Erkenntnis, daß der bloßen Betonung der Arbeiterbewegung nachdrücklich entgegen gewirkt werden müsse. Hinsichtlich der geistigen und seelischen Seite des Emanzipationskampfes der Arbeiterschaft, hinsichtlich des „Woher“ und „Wohin“ Menschen kann der Sozialismus dem christlichen Arbeiter nicht mehr bieten als der Kapitalismus, nämlich geistige und seelische Leere. Im Gegenteil. In der Vergangenheit war der deutsche Sozialismus in diesen Dingen unerbittlicher als der Kapitalismus.

Was kann der Sozialismus dem inneren Mensch an Stelle des Christentums bieten? Bei einer Herrschaft des Sozialismus in Volk und Staat geht es ähnlich wie in Amerika, wo sich der technische Fortschritt zunehmender der biologischen Substanz amerikanischen Kultur vollzieht. Der französische Philosoph Henry Bergson bemerkte einmal, moderne Mensch habe durch die Technik seine physischen Kräfte vervielfältigt, dabei seien seine seelischen Kräfte anstatt mitzuwachsen, eher verkümmert. So ist bloßer äußerer Fortschritt ohne gleichzeitigen geistigen und seelischen Wachstumsprozeß zur seelischen Verödung und Verwilderung.

Sozialisten und Kommunisten wollen nach den letzten Parteitagern verstärkt um die christlichen katholischen Arbeiter werben. Wohlan, wir nehmen den Kampf um die Durchgeistigung der Arbeiterbewegung und des Volkslebens auf!

Die sog. bürgerlichen Parteien müssen ja in all ihren Gliedern lernen, daß mit dem, was sie geben kann, die christliche Arbeiterschaft sich nicht zufriedengeben kann. Deutschland war bis vor wenigen Jahren ein Privilegienstaat zumunsten der Arbeiterschaft in fast allen Gebieten. Auf politischem Gebiete sind die Privilegien beseitigt. Im Wirtschafts- und Kulturbereich sind wir in den letzten Jahren anstatt vorwärts, vielmehr rückwärts gegangen. Vor hundert Jahren haben die meisten europäischen Fürsten trotz der Umwälzung die das Volk in den Freiheitskriegen gebracht, dem gleichen Volke die Mitwirkung an den Staatsgeschäften vorenthalten und verweigert. Unterdrückt sind wir weit über die damalige Volksherrschaft hinaus angewachsen. Heute haben wir nicht mehr die Institutionen (Mitwirkung des Volkes an den Staatsschicksalen), heute haben wir politische Demokratie (Volksherrschaft). Vor 100 Jahren haben die Fürsten die Mitwirkung am Staat verweigert, heute verweigert umgekehrt das Volk den Fürsten die Mitwirkung am Staatsgeschick. Dieselben Kräfte, die mit Staatsleben verbunden, sind auch in der Wirtschaft lebendig. Heute leben wir im Zeitalter der Nationalisierung, der Kapitalisierung, der Vererbung. Was dem jemand, daß die Arbeiterschaft bauen

Das Papier

Nach der Betriebsstatistik von 1925 waren bei der Erzeugung und der Verarbeitung von Papier 570 000 Personen beschäftigt. Dabei ist aber zu beachten, daß die Herstellung von Papier, soweit sie durch Maschinen geschieht, sehr wenig Personal braucht; eine Druckpapierfabrik z. B., die 60 000 Tilo Tagesleistung aufweist, benötigt kaum 20 Mann. Die Technik der Papierherstellung verbessert sich dauernd; Mammutfabriken haben die Wütten, aus der die Bogen einzeln geschöpft werden, und damit das Handverfahren, das heute nur noch für besonders edle Sorten angewandt wird, beinahe verdrängt. Während 1840 in Deutschland noch 1500 Wütten zu finden waren, gibt es 1924 deren nur noch 50; wenn im Jahre 1813 die erste Maschine aufgestellt wurde, sollen 1924 beinahe 800. Entsprechend steigert sich die Produktion; um 1800 dürfte sie für ganz Deutschland kaum 15 000 Tonnen betragen haben, 1926 werden 1,7 Millionen Tonnen herorgebracht. Die Tagesproduktion einer modernen Druckpapiermaschine beträgt das Dreifache der Jahresleistung einer großväterlichen Papiermühle. Aus solchen Ziffern ergibt sich die gewaltige Bedeutung des Papiers für die deutsche Wirtschaft. Der sinnfällig davon überzeugt sein will, durchwandere die Dresdener Papierausstellung, die einen immer wieder überraschenden Einblick in diese industrielle Provinz gewährt.

Etwas ein Viertel der gesamten Papierleistung wird für den Zeitungsdruck verwendet, ein anderes Viertel wird ausgeführt. Neben dem Zeitungspapier, dem Schreibpapier, dem Packpapier, dem sonstigen Druckpapier gibt es aber noch unzählige andere Anwendungen: Buntpapier, dessen Familie in Dresden als Blume, als Theaterdekoration, als Maskenstoff in phantastischer Lustigkeit gezeigt wird, Papiere für Geldscheine und Briefmarken, für Tapeten, Plakate, Photographien, durchsichtige und leuchtende Papiere, Papiergefäße, Pappen, Cartons, Kartons in den verschiedensten Stärken, Papiere für die zarten Um-

hüllungen von Schokolade, derbere für Zigarettenpackungen und besonders widerstandsfähige für Koffer. Dies nur eine ungeläufige Auswahl. Jede dieser Gattungen wird durch besondere, äußerst raffinierte Apparatur erzeugt, jede wird durch nicht minder geistreiche Maschinen angewandt. Die Einwickelmaschinen, die durch ein, zwei Duzend magischer Griffe auf das sauberste und schnellste bezogen, wozu sonst, der Hygiene entgegen, ein Kranz von Händen notwendig ist, rücken die Verdrängung des Menschen durch stählerne Räder und Jangen verdrängt nahe.

Den Rohstoff für den weitaus größten Teil des Papiers liefern die Wälder. Während früher für die Papierherstellung textile Abfälle, Lumpen, benutzt wurden, beschränkt sich der Verbrauch dieses wertvollen Materials heute auf etwa 60 000 Tonnen zur Erzeugung der teuren Qualitäten. Alles übrige Papier wird aus Pflanzenfasern, vor allem aus Laub- und Nadelhölzern, hergestellt; die primitiveren Papiere aus Holzschliff, die feineren aus Zellstoff, einer chemisch gewonnenen, hochwertiger Umwandlung des gewaschenen Holzstoffes. Nur 40 v. H. des benötigten Holzes stammt aus Deutschland, der überwiegende Teil wird aus dem Ausland bezogen, aus Polen, Finnland und der Tschechoslowakei. Der dauernd wachsende Bedarf macht der Fabrikation bereits heute Beschaffungsorgen.

Die Verwendung des Holzes für die Papierherstellung datiert aus dem Jahre 1840 und wird zurückgeführt auf den sächsischen Webermeister Johann Gottlieb Keller. Vorbild sind die Weispennester, die aus Jarten, aus dem Holz herausgelöst, mit Speichel und anderen Sekreten verührten Holzfasern angebaut werden. Dem Prinzip nach ist der Holzschliff nichts anderes als eine Nachfolge in der Erfindung des Insekteninstitutes. Insekten haben die Laboratorien und der technische Witz des Menschen mancherlei getan, um den einfachsten Kau- und Verdauungsprozeß höchst kompliziert zu steigern. Heute kann Papier für alle nur denkbaren Ansprüche und Beanspruchungen hergestellt werden; zur Prüfung der

Produkte auf Festigkeit, Saugfähigkeit, Dehnbarkeit, Dichtigkeit, Holzgehalt, Leimung gibt es unbeschreibliche Meßinstrumente.

Bedeutung ist auch die Industrie der Farben, die die der bleiche Stoff den benötigten Ton bekommt oder mit denen er beschriebenen und bedruckt wird. Die Zusammenhänge zwischen dem Papier als Träger und den Farben, Tinten und Lacken sind außerordentlich kompliziert; die jeweilige chemische Veranlassung der Farben, die die Schattierungen gegen Regen, Wasser und Luft sind umfangreiche Gebiete spezialisierten Wissenschaften. Der überschwebende Reichtum all der Möglichkeiten der Papierherzeugung hat übrigens bereits seit längerer Zeit zur Festlegung von Normalformen und von Normformaten geführt. Die Ökonomie der Wirtschaft fordert auch hier, die fast unbegrenzte Gegebenheit der Varianten auf bestimmte, erforderliche Typen zu beschränken. Man braucht nur zu überlegen, eine Druckmaschine in ihrer Rentabilität abhängig von der vollen Ausnutzung des Papierformates, zu erkennen, daß schrankenlose Willkür in der Größenangabe etwa eines Prospektes oder eines Buches zweckloser Vergeudung von Rohstoff und Arbeit führen muß. Die Bücherammler, nicht minder Briefschreiber und Aktenmacher wissen genug von lästigen durch unbilligste Formate. Die Normierung der Papierformate ist eine dringende Aufgabe geordneter Wirtschaft. Im Jahre 1926 hat das Reichsfinanzministerium durch einen Erlass über die Anwendung geordneter und Verwendungsvorschriften der Reichsbehörden verbindlichen Papiere einen merkenernten Vorstoß für solche Nationalisierung der Papierproduktion getan. Man darf wohl erwarten, daß in absehbarer Zeit sowohl die Dichter wie Briefschreiber und die Reklamemanager darauf zichten, ihre Individualität durch das Papierformat zu verkünden.

Eine interessante Gegenüberstellung gibt es, wenn der Jahresverbrauch, gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, verglichen wird. Da zeigt sich, daß der Vereinigten Staaten von Amerika weitaus an

Dinge über sich ergehen läßt, ohne sich in sie und Einfluß auf sie zu erlangen? Arbeiterchaft wird nicht eher Ruhe geben, bis Artikel 165 der Reichsverfassung (gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmerchaft in der Wirtschaft) Wirklichkeit geworden ist. Es ist daher ein kleines Beginnen, sich selbst gegen die parasitäre Ausbeutung der Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern streumen zu wollen. Solche Dinge hält man nicht auf, sie kommen, wenn nicht rechtzeitig, um so elementarer.

Ähnliches gilt auf dem Gebiete des Bildungswesens. Der preussische Staat zählt heute schon für Studenten jährlich 1655 M. als Zuschuß zu Hochschulen. Die Staatszuwendungen für das höhere Studium aber sind im allgemeinen nur über einer dünnen Bildungsschicht und jener der oberen Schicht zuzurechnen. Bei spärlicher Lebensführung des Studenten zählt heute schon ein Staat oft 60-70 Prozent (es kommt darauf an, ob der Student die Hochschule am elterlichen Wohnort oder anderwärts besucht) der studentischen Kosten. Die Kinder der Arbeiter, der kleinen Bauern und Handwerker usw. werden im allgemeinen nicht dummer geboren als jene, deren Eltern akademische Bildung genossen oder die sich einen wohlhabenden Vater gewählt haben. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, die den wirklich Tüchtigen aus den Volksschichten ohne Rücksicht auf das Portemonnaie des Vaters die für sie geeignete Ausbildung so das Hineinwachsen in alle führenden Stellen ermöglichen, die Volk, Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu vergebem haben.

Diese Dinge in Verbindung mit der Steigerung des Reallohnes und der Entproletarisierung der Arbeiterchaft, sowie die Ethisierung von Konsum und Produktion sind es, um die es in den nächsten Jahren zu streben ist. In Kiel wurde als Ziel aufgestellt, die christliche Arbeiterchaft zur Sozialdemokratie herüberzuführen. Das wird nicht gelingen, wenn die Angehörigen der sogenannten bürgerlichen Parteien sich nicht bestreben, ein anderes inneres Verhältnis zur Arbeiterchaft zu finden.

IV.

In der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ betrachtet die Folge 303 die Parole von Kiel wieder von einem anderen Blickfeld aus. Er schreibt: „Ein bestimmter, neu nur in seiner Art, zog sich durch den 19. jährigen Sozialdemokratischen Parteitag, nämlich der Gedanke der Eroberung der christlichen Arbeiterchaft zur Sozialdemokratie. Natürlich hat dieser Gedanke bei der Sozialdemokratie bestanden, seitdem sie existiert. Sie hat ein Menschenalter hindurch anstreben müssen, daß diese christlichen Arbeiter ihren eigenen Wege gingen. Sozialisten haben sich immer härter gewandt, eben weil sie von der Aufklärung ausgingen, daß alle diejenigen, die sich aus dem Bewußtsein im Kampfe gegen die Lähmungen und Beschränkungen des Kapitalismus verbunden fühlen, zum Sozialismus stoßen müßten. Und hier beginnt der Irrtum. Diese Auffassung ist falsch. Die zerstörenden Wirkungen des Kapitalismus bekämpfen, bringt so wenig zum sozialistischen Bekenntnis, wie das Bewußtsein, Lohnarbeiter zu sein, oder die Klar-

heit der Arbeiterchaft; ein jeder ihrer Bürger konsumiert im zwölf Monaten 62 Kilo Papier. Der Engländer verbringt sich mit 37, während der Deutsche mit 21 Kilo Papier kommen muß. Dem Franzosen genügen 20,5 Kilo, dem Schweden 20, dem Schweizer und Belgier je 19, dem Desterreicher gar beschränkt sich auf 14 Kilo, der Spanier auf 10,5, der Tschechoslowake auf 10, während der Italiener sich nicht geniert, mit 8 Kilo papierernem Verbrauch zufrieden zu sein. Er wird nur noch von dem Spanier mit 6 und vom Sowjetrussen mit 3 Kilo Papier übertraffen. Zu solcher Statistik ist allerdings anzumerken, daß sie noch mehr als manche ihrer Gewährsmänner der genaueren Ausdeutung bedarf. Bei Aufstellung der genauen Unterscheidung werden zwischen dem europäischen und dem asiatischen der sogenannten Zivilisation gelegenen asiatischen. Im übrigen aber wäre gewiß falsch, den Verbrauch an Papier als alleinigen Maßstab der Kultur gelten zu lassen. Es ist nicht ohne weiteres zuzugeben, daß Deutschlands Kulturstand nur ein Drittel von dem der Vereinigten Staaten übersteigt; es kommt schließlich nicht nur darauf an, wieviel Papier bedruckt wird, ein wenig fällt auch in die Waagschale, was auf dem Papier zu lesen ist, die Schauergerichten und Amononen, ob Philosophie oder sonstige Geistesarbeit. Bei solcher Wägung würde das Verhältnis zwischen den Massenverbraucher an Papier wahrscheinlich nicht nur durch das Quantum überbieten lassen.

Das Papier ist das Mittel, den Geist zu materialisieren. Welche Schwierigkeiten beständen für die Arbeiter, die Dramenschriftler, die Forscher, wenn es kein Papier gäbe. (Von den Nachrichtengebern zu schweigen.) Solche Unentbehrlichkeit des Papiers wird, wie so manche entscheidende Voraussetzung, oft genug übersehen. Es ist kaum vorzustellen, wie die Welt ohne Papier aussehen würde. Die Geschichte des Papiers und seiner Verwendung, seiner Wandlung in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern ist der Aufstieg aus der Unkultur und primitiven Gebundenheit zur Freiheit und universalen Herrschaft. Dem Buch gebührt das Höchste, was dem Menschen.

(Der Heimadler)

erkannte Wahrheit, daß die Schicht der Lohnarbeiter sich innerhalb der anderen Volksschichten durchsetzen und ihren Platz erkämpfen muß.

Die in der christlich-türkischen Atmosphäre lebenden Arbeitermassen haben ein Klassenbewußtsein eigener Art, das sie wohl zu einer berufswirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Initiative und zu organisatorischen Maßnahmen drängt, aber ohne darum Sozialdemokraten werden zu können. Wir sagen mit Absicht: zu können. Sie können es nicht, weil ihr ganzes Streben eingebaut ist in den religiösen Sinn vom Leben in all seinen Ausprägungen. Der von der marxistischen Weltanschauung geprägte Arbeiterkollege wird das so lange nicht begreifen, als er ohne marxistisch-mechanisch denkt. Ob er einmal anders denken wird, steht dahin.

Wenn die Sozialdemokratie nun glaubt, aus der Tatsache einer gewissen Gärung in der christlichen Arbeiterchaft auf eine „Reife für den Sozialismus“ schließen zu können, so irrt sie sich. Gerade diejenigen christlichen Arbeiter, die innerhalb der Zentrumspartei aufzugehen und ihr Recht verlangen, denken nicht daran, diesen ihren Kampf um Gleichberechtigung abzugeben und im roten Meer unterzutauchen. Ihre Eigenart wollen sie in einer zu schaffenden Volksordnung wahren. Staatsbürger, nicht Staatsknechte, Stand, nicht Klasse, Volk, nicht Masse wollen sie sein. Die Sozialdemokratie wird erfahren, daß der von den Kommunisten herkommende Gedanke der „Einheitsorganisation“ und „Einheitspartei“ in der christlichen Arbeiterchaft keine Gegenliebe findet, auch nicht, wenn er unter der äußerlichen Schöpfung religiöser Empfindungen erfolgen sollte. Die christlichen Arbeiter wissen, was sie wollen und warum sie es wollen.

Die Wandlungen innerhalb der Sozialdemokratie, westmännlich und praktisch-politisch, müßten ganz andere sein, wenn der angeführte Eroberungszug irgendwelche Aussicht auf Erfolg haben sollte.“

V.

Wir haben schon in der Einleitung darauf hingewiesen, daß dem christlichen Volksteil gegenüber der Sozialdemokratie besondere Aufgaben erwachen sind, die gelöst werden wollen. Die bürgerlichen Parteien müssen endlich ein anderes Verhältnis zur Arbeiterchaft finden. Es darf nicht immer so scheinen, als sei die Arbeiterchaft nur innerhalb der Sozialdemokratie dazu berufen, die Stellungen bis zur höchsten Spitze einzunehmen, die in einem parlamentarisch regierten Staate zu vergeben sind. Es darf nicht scheinen, als sei man froh, gelegentlich der Wahlen in den Arbeitern treue Befechter und Kämpfer für die Partei zu finden, aber ebenso froh, daß man von eben diesen Arbeitern nach den Wahlen möglichst wenig befragt wird. Diese Dinge müssen ein Ende nehmen. Was andere Stände für sich in den einzelnen Parteien beanspruchen, muß auch der Arbeiterchaft zugestanden werden. Da darf es kein Nafenspielen geben, wenn einmal auch ein aus dem Arbeiterstande kommender tüchtiger Staatsbürger Bürgermeister, Landrat, Oberpräsident oder Minister wird. Freie Bahn allen Tüchtigen, nicht freie Bahn den Privilegierten!

Wir christlichen Arbeiter aber wollen zu unserem Teil in den Parteien, die uns wesenverwandt sind, mitarbeiten. Wir wollen zeigen, daß wir auch etwas leisten können. Dann kann und darf man nicht mehr über uns hinwegsehen. Dann sind wir auch noch da.

Was die Meister wollen

Der „Bund deutscher Buchbinder-Znnungen“ hält vom 23.-25. Juli seinen 46. Verbandstag in Breslau ab. Dazu sind von den verschiedensten Znnungen und Einzelmeistern 35 Anträge eingereicht worden. Neben den Anträgen über innere Angelegenheiten des Bundes, die uns nichts weiter angehen, sind auch einige Anträge an die Bundesleitung gestellt, die auch unsere Sympathie finden können. So ist z. B. die Forderung nach Einschränkung der Gefängnisarbeit auch von den Gewerkschaften immer unterstützt worden.

Auf der anderen Seite ist es aber sehr interessant, daß die Meister, wenn es um ihre eigenen Belange geht, garnicht so sehr gegen die Sozialpolitik, auch nicht die Staatliche, sind, wie sie es immer zum Ausdruck bringen, wenn es sich um soziale Einrichtungen der Arbeitnehmer handelt. Der Verband westfälischer Buchbinderzünnungen fordert:

„Der Bundesstag wolle beschließen, den Ausbau der sozialen Einrichtungen des Bundes vorzunehmen.“

Ein Würzburger Buchbindermeister verlangt:

„Der Bundesstag wolle den Vorstand des Bundes deutscher Buchbinder-Znnungen beauftragen, eine Eingabe an den deutschen Handwerksamtertag zu richten, in welcher für das deutsche Handwerk die Errichtung einer Handwerker-Pensions- oder Beihilfskasse im Wege der Reichsgesetzgebung gefordert bzw. als zulässig erachtet wird.“

Er will also weitgehende Fürsorge durch den Staat, viel weitergehend, als sie die bestimmt wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer jemals hatten. Auch die Altersgrenze wünscht man so festgesetzt, wie sie seit langem von der Arbeiterchaft gefordert wird, aber

auch immer auf den Widerstand der gesamten Arbeitgeber gestützt. Ein Buchbindermeister aus Kottbus fordert nämlich:

„Der Bund möchte bei der Regierung vorstellig werden, daß über 60 Jahre alten Meistern, denen die Zustattung des Barvermögens genommen, und die unverschuldet den Grundbesitz verloren haben und nun als Mieter auf ihrer Hände Arbeit angewiesen, sich und ihre Familie notdürftig durchzuschlagen, eine monatliche Beihilfe gewährt werden soll, um sie vor dem Untergang zu schützen. Außerdem dürfte einzutreten, daß die verfallenen Invalidenfarten weiter geliebt werden können, damit solche Handwerksmeister in den Genuß der Rente gelangen.“

Der Tarif macht natürlich den verschiedensten Znnungen größte Kopfschmerzen. Die Leipziger verlangen den Abschluß in Zukunft anstatt mit dem Api mit dem VDA, ziehen aber den Antrag in einem neuen Antrag zurück. Die Hefsen-Kassauer geben dem Arbeitsministerium Schuld an den „hohen Löhnen“ und verlangen:

„Der Bund möge bei künftigen Lohnverhandlungen dahin wirken, daß das Reichsarbeitsministerium die wirtschaftlich schwächere Lage des Buchbindergewerbes gegenüber dem Buchdrucker-Gewerbe bei seinen Entscheidungen im Lohn- und Manteltarif mehr als bisher berücksichtigt.“

Eine große Rolle spielt natürlich die Lehrlingsfrage. Es liegen die verschiedensten Anträge vor. Ein ober-schlesischer Meister wünscht die allgemeine Einführung der 4-jährigen Lehrzeit. Er wird mit seinem Antrag sicherlich die Zustimmung des Bundes finden. Wie ja auch der Leipziger Antrag:

„Der Bund möge sich dafür bemühen, daß Bestimmungen über die Regelung des Lehrlingswesens aus dem Manteltarif entfernt werden.“

Bestimmungen auslösen wird. Ein frommer Wunsch, der es aber trotzdem bleiben. Auch die Anträge 8 und 10:

„Der Bundesstag möge einheitliche Richtlinien für die Zwischenprüfungen festlegen“

„Der Bund möge eine einheitliche Gesellenprüfungsordnung für das ganze Deutsche Reich festlegen“

sind in dem Sinne, die Lehrlingsausbildung nur als eine Meisterangelegenheit zu betrachten, gestellt.

Eine sehr feine Lösung von Lehrlingsfreitzeiten vor dem Arbeitsgerichte haben sich die Niedersachsen erdacht. Sie wollen:

„Der Bundesvorstand wolle bei dem Reichsverband des deutschen Handwerks beantragen, daß bei den Beratungen über die Ausführungsverordnung des Arbeitsgerichtsgesetzes dafür Sorge getragen wird, daß den Vorzög in den Ausschüssen zur Schlichtung von Lehrlingsfreitzeiten der Obermeister der Znnung führt.“

Damit wären natürlich die Streitparteien in ihrem Sinne geregelt. Natürlich nicht in unserem Sinne, und werden wir auch noch ein Wörtchen dabei mitreden.

Zu der Beratung der ganzen 35 Anträge wünschen wir den Buchbindermeistern und vor allem den Führern ihrer Znnungen einen gesunden Blick und ein Gefühl für die Erfordernisse der Zeit und wollen als 36. Antrag folgendes in Vorschlag bringen:

„Der Bundesstag wolle beschließen, alle unser Gewerbe betreffenden Fragen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, als Vertretung der Arbeitnehmer, zum Wohle unseres ganzen Gewerbes zur gerechten Lösung zu bringen.“

E. P.

Aus dem Gewerbe

Api-Tarif. Der bereits in letzter Nummer der „Graphischen Stimmen“ veröffentlichte Schiedsspruch ist vom Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrie abgelehnt worden. Auf Antrag der Arbeitnehmer fanden am Sonnabend, dem 16. Juli, im Reichsarbeitsministerium, unter dem Vorsitz des Schlichters Herrn Bauer, Verbindlichkeitsverhandlungen statt. Hierbei bemühten sich die Arbeitgeber in überaus aufgeregter Form auf die Arbeitnehmer einzuwirken, um eine starke Abschwächung des Spruches durch Vereinbarung herbeizuführen. Im letzten Stadium der diesbezüglichen Verhandlungen waren die Arbeitgeber bereit, den Spruch in bezug auf die Arbeitszeit anzuerkennen. Auch die Prozentstaffel der Gehältern sollte eine Verbesserung erfahren, doch das bisherige Affordplus und die Arbeiterinnenlohnanteile sollten in der bisherigen Form im neuen Vertrag weiter gelten. Die Arbeitnehmervertreter haben es abgelehnt, die Anregungen der Arbeitgeber gutzuheißen und bestanden nach wie vor auf ihrem Antrag, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Da der Schlichter infolge plötzlich aufgetretener Krankheit nicht in allen Teilen den Verhandlungen folgen konnte, beabsichtigt er demnächst die Parteien nochmals zu laden, um vor der endgültigen Entscheidung nochmals zu versuchen eine Verständigung herbeizuführen.

Stichtarif. Am 29. März 1927 wurde der Reichsmantelvertrag bis April 1929 verlängert, doch das bisherige Mehrarbeitszeitabkommen wurde nur bis 31. Dezember 1927 abgeschlossen. Da alle vor dem 1. April 1927 abgeschlossenen tariflichen Vereinbarungen

in bezug auf Arbeitszeit, gemäß der Arbeitszeitverordnung am 1. Juli 1927 unwirksam werden, d. h. 25 Prozent Zuschlag ab 4 1/2 Stunden bezahlt werden müssen, wenn nicht zwischen den Parteien anderweitiges vereinbart wird, haben die Unternehmer neue Verhandlungen gefordert, und da diese nicht zur Verständigung führten, Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums gefordert. Am Montag, den 18. Juli, wurde im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Schlichters Herrn Kunze verhandelt, und da wiederum keine Verständigung zwischen den Parteien möglich war, wurde die Verhandlung abgebrochen und der Schlichter wird von sich aus den Schiedsspruch nachträglich fällen. Glaubt doch die Unternehmer, daß sie bisher 10 Prozent Zuschlag für Mehrarbeit bis 5 1/2 Stunden bestehen bleiben könnten, zumal die Hauptindustrien Eisenmetall und optische Industrie in Rathenow, Forstheim, Hanau, in freier Vereinbarung mit 10 bis höchstens 15 Prozent Zuschlag abgeschlossen hätten. Die geringste Steigerung des Mehrarbeitszuschlages würde das Exportgeschäft ungemein nachteilig beeinflussen, wenn nicht unmöglich machen. Man berief sich auch auf die größere Zufriedenheit der Arbeiterschaft in den Betrieben, die ja heute in manchen Orten wenig von der Gewerkschaft wissen wollten. Diese hätten Verständnis für die große Not der Fabrikanten, und in örtlicher Verhandlung könne bestimmt auf der ganzen Linie Verständigung in der bisherigen Form mit 10 Prozent Zuschlag erzielt werden.

Am Mittwoch, den 20. Juli, trat der Schlichter seine Entscheidung dahingehend, daß für die ersten 6 Mehrstunden in der Woche über 48 Stunden hinaus ein Zuschlag von 20 Prozent zu zahlen ist. Der Schiedsspruch gilt ab 1. Juli als Zusatzabkommen des am 29. März 1927 verlängerten Reichsmantelvertrages und läuft mit denselben Kündigungsfristen wie dieser.

Damit ist auch hier im Stui-Tarif gleichlautend mit dem Kartonnagen-Tarif oder gerade mit Rücksicht auf diesen der im Arbeitszeitgesetz vorgegebene „angemessene Zuschlag“ nicht erreicht. Es wird unsere Aufgabe sein, vor allem die der in der Stui-Industrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, bei den nächsten Verhandlungen das diesmal nicht erreichte nachzuholen. Wie immer, tragen auch hier diejenigen die Schuld, die da meinen, wunder was zu sparen, wenn sie sich um die Zahlung des Verbandsbeitrages drücken. Merkt es euch, Kollegen aus der Stui-Industrie, nur die geschlossene, organisierte Front, die hinter den Unterhändlern steht, vermag sich bei den Unternehmern so durchzusetzen, wie es im Interesse unseres Wohlergehens notwendig ist.

Ihr, Verbandskollegen aus der Stui-Industrie, habt die Aufgabe, diejenigen schleunigst zu gewinnen, die abseits stehen. Tut eure Pflicht in eurem eigenen und im Interesse eures Berufes.

Gewerkschafts-Kundschau

Die Jugendheimlotterie des Gesamtverbandes ist in vollem Gange. Der hohe Zweck und die große Bedeutung der Lotterie für die Erfassung und Durchsicherung unserer Jugend rechtfertigen eine rege Beteiligung. Darum sollten alle unsere Ortsgruppen sich lebhaft für den Betrieb der Lose einsetzen. Wer untätig beiseite steht, macht sich mitschuldig, wenn der Lotterie nicht ein voller Erfolg beschieden sein sollte. Lose sind vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Abteilung Jugend, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, zu beziehen. Auch die, welche ihre Lose bereits abgesetzt haben, dürfen nicht rasten und mühen, bis das letzte Los abgesetzt ist. Auch sie müssen umgehend neue Lose anfordern. Es darf in Kürze kein Mitglied der christlichen Gewerkschaften mehr geben, das nicht im Besitze wenigstens eines Jugendheimloses ist.

Wieviele Gewerkschaftssekretäre haben wir in Deutschland? Periodisch wird von interessierter Seite das Märchen von der unverhältnismäßig hohen Zahl der Gewerkschaftssekretäre aufgetischt. Je nach dem Publikum spricht man von Hunderttausenden solcher „Heger“ und „Parasiten“. Doch jüngst begründete das Eisenwerk Schirndorf in Niedersachsen eine Preiserhöhung mit der Verhütung der 60 000 Gewerkschaftssekretäre, die sich von Arbeitergrasfäden nisteten, und die an sich zufriedenen Arbeiter in ewige Unruhe versetzten. Es müssen wirklich naive Gemüter sein, die einen derartigen Unfug glauben. Ein kurzes, nächstes Rechenexempel schon beweist das Gegenteil. Wir haben in Deutschland rund 6 Millionen Organisierte. Da die Gewerkschaftssekretäre, die an sich im allgemeinen nicht mehr verdienen, als die von ihnen betreuten Arbeiter, auch unterhalten werden müssen, so entfallen auf einen Gewerkschaftssekretär mindestens 1000 Organisierte. Das ergäbe also im Höchstfalle für alle drei Gewerkschaftsrichtungen zusammen etwa 6000 Gewerkschaftssekretäre. Diese Zahl wird eher zu hoch als zu niedrig sein.

Die Christlich-nationalen Angestelltenverbände (im Deutschen Gewerkschaftsbund) marschieren an der Spitze. Von den in der Zeit von März bis Mai durchgeführten Betriebsratswahlen liegen augenblicklich aus 2285 Betrieben die Wahlergebnisse vor. Diese vereinen sich wie folgt auf die einzelnen, an den Betriebsratswahlen beteiligten Angestelltenverbände:

Verband	Betriebsratsmandate
Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband	3427
Verband der weiblichen Hand- und Büroangestellten	252
Deutscher Werkmeisterverband	213
Verband deutscher Techniker	108
Bund angestellter Akademiker	31
Zentralverband der Angestellten	775
Bund der technischen Angestellten und Beamten	579
Deutscher Werkmeisterverband	1098
Gewerkschaftsbund der Angestellten	1149
Fachverbände	609
Gelbe und Werksgemeinschaftler	26
Unorganisierte	877

Die im Rahmen der 2285 Betriebe insgesamt gewählten 9147 Mitglieder der Angestelltenbetriebsvertretungen verteilen sich auf die einzelnen Gesamtverbände wie folgt:

4034 Betriebsratsmitglieder gehören dem Gesamtverband deutscher Angestellter (Gedag) an,

2452 dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa),

1149 dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA),

Es geht daraus hervor, daß 44 Prozent der Angestelltenbetriebsratsmitglieder in den 2285 Betrieben auf den Gesamtverband deutscher Angestellter entfallen

und 27 Prozent auf den Allgemeinen freien Angestelltenbund und 13 Prozent auf den Gewerkschaftsbund der Angestellten, während sich die restlichen 16 Prozent auf Fachverbände (insbesondere bei Amt- und Versicherungsangestellte), auf Werksgemeinschaftsgruppen und Unorganisierte erstrecken.

Mit dieser nicht vom DVB. aufgestellten Statistik wurde naturgemäß nur ein Querschnitt gezogen, während eine restliche Erfassung der Betriebe bei der absoluten Flüssigkeit der für die Wahlen bei den einzelnen Betrieben maßgebenden Daten praktisch unmöglich ist. Dennoch zeigt dieser, zeitlich verhältnismäßig schmal begrenzte Ausschnitt aus den diesjährigen Betriebsratswahlen einwandfrei die Struktur des Organisationsverhältnisses bei den Angestelltenratsmitgliedern.

Aus unseren Jahrestellen

Berlin. Der Verkauf unserer Motorbootfahrten ist im vollsten Gange. Einige Betriebe nehmen geschlossen teil. Auch die anderen Mitglieder möchten wir bitten, so bald wie möglich die Karten vom Büro oder ihrem Vertrauensmann zu entnehmen. In die „Preisleistungsliste“ wird nochmals erinnert, ebenso an die noch ausstehenden Abrechnungen für das II. Quartal. E. P.

Wien. Am 7. Juli fand im katholischen Gezellenhause eine Vorstandssitzung unserer Jahrestelle statt, an der auch unser Bezirksleiter Kollege K e m b l e r teilnahm. Nach Beratung der Schrittschritte aus Wien setzte man die Tagesordnung für die am D o n n e r s t a g, den 4. August, stattfindende Versammlung wie folgt fest: 1. Geschäftliches und tarifliches; 2. Jubelfest des Verbandes im Köln a. Rh., Sommer 1929; 3. Jugendbeiträge (Vortrag Kollege K e m b l e r mit Aussprache); 4. Soziale Wahlen (Krankentafel); 5. Verschiedenes. Es muß Pflicht eines jeden Mitgliedes sein, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung an dieser Versammlung teilzunehmen. Damit nun jedes Mitglied an der großen Jubiläumsfeier des Verbandes im Sommer 1929 in Köln teilnehmen kann, soll eine Reisepartafasse gegründet werden, die der Kollege Drifsen übernehmen wird. Es kam in diese jedes Mitglied auf sein eigenes Konto wöchentlich 10 Pf. und darüber einzahlen. Nur so ist es möglich, daß wir mit einer stattlichen Zahl Mitglieder in Köln erscheinen werden. Also auf zur Versammlung am 4. August, wo ihr alles Nähere erfahren werdet. T. D.

Aus unseren Jugendgruppen

Berlin. Die Sommerferien unserer Jugendgruppe sind Anfang August zu Ende. Wir hoffen, daß dann wieder alle jugendlichen Kollegen mit größtem Eifer an den Jugendabenden, die in den kommenden Monaten bestimmt sehr interessant verlaufen, teilnehmen werden. Zum Motorbootausflug am 21. August bringt unsere Jugendgruppe natürlich alle Musikinstrumente mit. E. P.

Ausflug der Lehrlingsabteilung des graphischen Zentralverbandes „Zahlfeste Saarbrücken“

Sonntag, den 19. Juni, unternahm unsere Lehrlingsabteilung einen Ausflug in die Pfalz. Schon Tage zuvor wurde von den Jungens die bange Frage gestellt: „Wird das Wetter schon werden?“ Die Vorbereitungen waren getroffen, der Samstag heran, und wir hatten keine Zweifel mehr, daß ein etwa schlechtes Wetter haben könnten. Aber o Wunder! Am Sonntag früh uns auf der Bahn trafen wir alle in jeder schon ein „Morgenbad“ bekommen. Die Sonne konnte uns von dem einmal angefangenen Werk nicht abhalten, und wir bestiegen den Zug, wenn auch ein wenig gebrücker Stimmung. In Landstuhl angekommen wurde zuerst unserem Herrgott die pflichtige Trauer abgestattet. Nach dem Gottesdienst ging es froh auf den Marsch. Zuerst bestiegen wir den in der Pfalz liegenden Biemarckturm, von wo aus man bei schönem Wetter eine prächtige Aussicht auf die Pfalz hat. Auf unserem Weitermarsch nach der Burgvine Stingen wurden wir noch einmal, aber diesmal auf ganz fröhlicher Art, von oben „überrascht“. Von jeher erhielten wir keine nassem Kleider mehr. Der Himmel heiterte sich allmählich auf, und wir hatten nun den ganzen Tag prächtiges Wetter. Die Ruine wurde von uns gründlich besichtigt. Hier kaufte von 12 bis 1523 der gefürchtete Raubritter Franz von Sickingen. Nach der Besichtigung setzten wir uns in ein abseits gelegenes Plätzchen und verzehrten unsern mitgebrachten Proviant, der uns trefflich mundete. Es wurde noch eine photographische Aufnahme gemacht und weiter ging's durch herrlichen Pfälzer Wald zum Teich recht gewaltigen Felsen vorbei. Mit dem schönen Wetter war auch bei uns troche Stimmung ausgegossen, die sich in Liebern, gejuntem Wig und Humor äußerte. So kamen wir schneller, als eigentlich gewünscht, an das Endziel unserer Wanderung, ins Bärenloch. Das Eigenartige an diesem idyllischen Fleck, welcher ringsum von Wald umgeben ist, sind die vielen Weiber, die immer kleiner werden je höher man das Tal hinaufsteigt. Der kleinste und letzte Weiber wird durch eine Quelle gespeist. Die einzelnen Weiber sind durch einen kleinen Bach, der sich in reizvollen Windungen durch die Felsen schlängelt, verbunden. Auf dem größten Weiber vergrünten wir uns an einer Bootsfahrt, die uns viel Spaß machte. Natürlich wurde diese auch „knipst“. Unter allerhand Belustigungen, wie Ballspielen, Mingen und Kallspielen, verging allzu schnell die Zeit; wir mußten aufbrechen und den Nichtankunft antreten auf einem anderen, kürzeren Wege. Jeder war vollumfänglich befriedigt von all dem Erlebten. Mit dem Wunsch, noch öfters mit dem Verbandswanderungen in die herrlichen Gegenden unserer lieben Heimat zu machen, gingen wir nach Hause. Mögen solche Ausflüge dazu beitragen, unsere Heimat kennen und lieben zu lernen, vor allem aber unser Zugehörigkeitsgefühl zum Verbands stärken. H. K.

Graphischer Zentralverband

Geschäftsstelle: Köln a. Rh., Genslerwall 9
Telefon: 52 565
Postfachkonto: Köln 16 177

Abrechnungen vom 2. Vierteljahr fanden im die 16. Juli: St. Ingbert, Goch, Wald, Clausthal, Gelsenkirchen, Goch, Neudorf, Kempten, Göttingen, Heidelberg, Krummholz, Hirschfeld, Göttingen, Dortmund, Neudorf, Kempten, Münsterberg, Göttingen, Heidelberg, Donauwörth, Berlin, Berlin, Danzig, Kempten, Wald, Kuhlshoff.

Weiber fanden ein: Krummholz, Donauwörth, Elberfeld, Kempten, Göttingen, Hirschfeld, Rheinbrunn, Elberfeld, Goch, Neudorf, Kempten, Göttingen, Clausthal, Goch, Münsterberg, Göttingen, Heidelberg, Dortmund, Neudorf, Kempten, Münsterberg, Göttingen, Heidelberg, Donauwörth, Berlin, Berlin, Danzig, Kempten, Wald, Kuhlshoff.

Teilnahmen finden von den größeren Ortsgruppen im Monat erfolgen.

Manuskripte für die Graphischen Stimmen müssen im 8 Tage vor Erscheinen in unseren Händen sein. Sonst kann Aufnahme nicht gerechnet werden.

Es sind erschienen und von unserer Geschäftsstelle zu beziehen: **Deutscher Gewerkschafts-Zeitung**, 25 Pf., **Preisverzeichnis** für den **Druckereibeschäftigten**, 25 Pf., **Preisverzeichnis** für den **Druckereibeschäftigten**, 25 Pf., **Preisverzeichnis** für den **Druckereibeschäftigten**, 25 Pf.

Belegpreis 10 Pfennig
Wochenabgabe erforderlich

Anzeigen
Sachstellenanzeigen
Kosten 5 Pfennig die Zeile



Verbandsabzeichen des Graphischen Zentralverbandes

Einzel pro Stück 10 Pf.
Von 5 Stück an pro Stück 60 Pf.
Bestellungen an:
Graphischer Zentralverband, Köln
Genslerwall 9.

Die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung unserer lieben, treuen Kollegin
Räthe Dreier
nebst Bräutigam.
Zahlfeste Köln.